

An elderly woman with short, light brown hair and black-rimmed glasses is looking down at a laptop screen. She is wearing a white short-sleeved collared shirt. In the foreground, there are several stacks of gold coins on a blue surface. The background is softly blurred, showing what appears to be a window with light coming through.

**Gute Rente,
gutes Leben!
DIE LINKE.**

Gute Rente, gutes Leben:

Renten müssen für ein gutes Leben reichen und vor Armut schützen.

Viele Menschen haben Angst vor Armut im Alter. Kein Wunder: Das Rentenniveau befindet sich im Sinkflug. Von fast 60 Prozent in den 1980er Jahren soll es bis 2030 auf 43 Prozent fallen. Für viele Menschen bedeutet das: Nach einem Leben voller Arbeit müssen sie sich darauf einstellen, die Rente mit Flaschensammeln aufzubessern.

Die Lücken in der Rente sind Ergebnis von politischen Entscheidungen: Weil die Arbeitgeber durch die Teilprivatisierung der Rente nicht mehr den gleichen Anteil der Alterssicherungskosten tragen müssen wie ihre Beschäftigten. Weil bestimmte Berufsgruppen gar nicht in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen: Beamte, Politikerinnen und Politiker oder Selbstständige. Weil Menschen mit hohem Einkommen prozentual weniger einzahlen. Weil das reguläre Eintritts-

alter in die Rente auf 67 Jahre angehoben wurde. Die wenigsten halten so lange durch oder finden entsprechende Arbeitsstellen.

Die Riester-Rente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Die Beiträge und Zuschüsse wandern in die Kassen der Versicherungskonzerne statt in die Portemonnaies der Rentnerinnen und Rentner. Millionen Menschen mit normalem und niedrigem Einkommen können sich private Rentenversicherungen nicht leisten. Die Riester-Rente überführen wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente. Wer eingezahlt hat, soll seine Ansprüche behalten und in die gesetzliche Rente überführen können. Die Beschäftigten dürfen nicht den Risiken des Kapitalmarktes ausgesetzt werden.

Im Alter droht Armut

Eine Rente unter Sozialhilfeniveau haben von alleinstehenden Rentnerinnen und Rentnern in

Westdeutschland

Männer

13 %

geschiedene Frauen

21 %

ledige Frauen

23 %

Ostdeutschland

Männer

22 %

geschiedene Frauen

15 %

ledige Frauen

17 %

Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstätigen

Geld ist genug da: Die Rentenkassen sind voll. DIE LINKE will die gesetzliche Rentenversicherung stärken und zu einer allgemeinen Versicherung für alle Menschen mit Erwerbseinkommen ausbauen. Das Rentenniveau muss auf lebensstandardsichernde 53 Prozent angehoben werden. Das wären mindestens 122 Euro netto mehr im Monat für eine/n Standardrentner/in.

Dass Menschen mit sehr hohen Einkommen im Vergleich weniger in die Rentenkasse einzahlen, ist nicht gerecht. Wer ein Gehalt von 10.000 Euro und mehr im Monat hat, muss auch für 10.000 Euro und mehr Beiträge zahlen. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir vereinheitlichen, dann in mehreren Schritten anheben und schließlich aufheben. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter wieder sichern und vor Armut schützen! Deshalb müssen die Beiträge zur Alterssicherung der Beschäftigten zu gleichen Teilen von den Beschäftigten und ihren Arbeitgebern finanziert werden.

Die Rente erst ab 67 muss abgeschafft werden! Jede und jeder muss spätestens ab 65 abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Nach 40 Beitragsjahren wollen wir einen abschlagsfreien Einstieg in die Rente ab 60 Jahren schaffen.

Erwerbslosigkeit, Niedriglöhne sowie prekäre und befristete Beschäftigung führen oft zu niedrigen Rentenansprüchen. Das erschwert es vor allem Frauen, sich eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Unser Solidarausgleich für Niedriglohn, ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 12 Euro und 53 Prozent Rentenniveau bedeuten zum Beispiel für eine Einzelhandelskauffrau im Schnitt 270 Euro mehr Rente.

Zeiten für Kindererziehung, Ausbildung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen.

Unabhängig von Geburtsjahr und Geburts-

ort des Kindes wollen wir, dass drei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet werden – und zwar in der gleichen Höhe in Ost und West. Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten muss erleichtert werden. Die Abschläge wollen wir streichen oder stark mindern, auch für diejenigen, die bereits eine Erwerbsminderungsrente beziehen.

Immer noch haben Menschen im Osten nach ihrem 65. Geburtstag niedrigere Alterseinkommen als ihre Altersgenossen im Westen. Das muss beendet werden. Die Nachteile bei der Rentenüberleitung für verschiedene Berufsgruppen und in der DDR geschiedene Frauen sind sofort auszugleichen, damit den Rentnerinnen und Rentnern noch zu Lebzeiten Gerechtigkeit widerfährt. Sicher vor Armut im Alter: Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto im Monat – darunter droht Armut. Die Solidarische Mindestrente ist einkommens- und vermögensgeprüft, sie wird bei Bedarf als Zuschlag zur Summe aller Alterseinkünfte gezahlt.

Das fordern wir:

- Das Rentenniveau muss auf 53 Prozent angehoben werden.
- Die Rente erst ab 67 muss weg! Abschlagsfrei in Rente ab 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren und spätestens ab 65.
- Riester muss weg! Wer eingezahlt hat, darf seine Ansprüche in die Rentenversicherung überführen.
- Für eine Solidarische Mindestrente, die vor Armut schützt: 1.050 Euro netto sind das Minimum.
- Arbeitgeber und Beschäftigte zahlen gleiche Anteile. Alle Erwerbseinkommen müssen berücksichtigt werden! Auch Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker und Selbstständige zahlen ein.
- Niedriglöhne, Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege dürfen nicht dazu führen, dass die Betroffenen im Alter arm werden.
- Gerechtigkeit für die Rentnerinnen und Rentner im Osten!

Unser Programm für gute Renten:

1 Rentenniveau auf 53 Prozent anheben

So hätte der/die Standardrentner/in mindestens 122 Euro mehr im Monat.

2 Solidarische Mindestrente statt Altersarmut

Erwerbslosigkeit und Niedriglöhne dürfen nicht zu Altersarmut führen.

3 Gleiche Renten in Ost und West

Renten angleichen, die Umrechnung beibehalten, bis die Löhne und Gehälter im Osten fast auf Westniveau sein werden und Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung endlich beenden.

4 Die Rente erst ab 67 muss weg

Wer 40 Jahre lang eingezahlt hat, soll ohne Abschlüsse ab 60 in Rente gehen können.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schick mir weitere Informationen zum Thema.
 Ich will Mitglied der LINKEN werden!



Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen, entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung, zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter www.die-linke.de/datenschutz

linksaktiv.de



Wir brauchen Dich!

Gemeinsam werden wir unsere Forderungen für Frieden und soziale Gerechtigkeit zu den Menschen bringen und im eigenen Kiez, im Betrieb oder im Kleingartenverein das Gesicht der LINKEN sein. Sei Du der Stein, der eine Lawine auslöst und andere zum Mitmachen motiviert. Melde Dich an und lade Freunde und Bekannte ein, DIE LINKE im Wahlkampf zu unterstützen.

www.linksaktiv.de

DIE LINKE.

Partei Vorstand der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 030/24 00 99 99, kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de